

Druckbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Guter Start.“

Fortsetzung der Juristenbesprechung. — Der Kampf ums Rheinland.

V. Sch. Locarno, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Infolge der Verschiebung der zweiten Plenarsitzung auf den Nachmittags herrschte heute morgen völlige Ruhe. Das Tagesgespräch war die Erkrankung von Stresemann, die namentlich den amerikanischen Zeitungsvertretern Anlaß zu jeder Kombination im Zusammenhang mit Gerüchten zu den geplanten Attentaten gab. Es geht übrigens dem Außenminister heute besser und man hofft, daß er im Laufe des späten Nachmittags in der Lage sein wird, der Konferenz beizuwohnen.

Inzwischen geht die persönliche Fühlungnahme zwischen den einzelnen Delegationen weiter vor sich. Staatssekretär Schubert hatte eine mehrstündige Unterredung unter vier Augen mit dem Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes, Berthelot. Auch die Juristen der einzelnen Delegationen trafen sich heute vormittag im Palace-Hotel. Aus bester Quelle wird erklärt, daß die Juristen zu einer völligen Einigung gelangt sind, wobei allerdings bekannt werden muß, daß die heikle Fragen bisher von ihnen nicht besprochen wurden, weil sie den Ministern vorbehalten bleiben sollen. Bisher hatte es sich bei den Juristenbesprechungen lediglich darum gehandelt, ihren privaten Londoner Entwurf nunmehr offiziell zu bestätigen, wobei eine Einigung über einzelne von der deutschen und der belgischen Delegation eingebrachten Abänderungsanträge redaktioneller Art leicht erzielt werden könnte.

Geschäfte mit dem Rheinlande?

Der Versailler Vertrag sieht die frühere Räumung vor!

Paris, 6. Oktober. (U.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“, Sauerwein, hält es nicht für ausgeschlossen, daß die französische Regierung in der Frage des rheinischen Besatzungsregimes gewisse Zugeständnisse an Deutschland machen werde, vorausgesetzt, daß die Reichsregierung ihre Bedenken gegen die französische Garantie der Schiedsgerichtsverträge im Osten aufhebe. Voraussetzungen würden die deutschen Minister, wenn diese Frage zur Sprache kommen gelte, machen, daß sie ohne Konzessionen in der Verwaltung des Rheinlandes und des Saargebietes unmöglich die Zustimmung des deutschen Parlaments zu dem geplanten Garantievertrag erhalten werden. Gewisse Schwierigkeiten dürften jedoch nicht außer acht gelassen werden. Das Saargebiet stehe unter der Aufsicht des Völkerbundes. Das rheinische Besatzungsregime sei von der Völkervereinbarung festgelegt worden. Alles, was ein französischer Minister den deutschen Delegierten sagen könne, sei, daß der Garantiepakt eine große moralische Tragweite habe und Bedingungen zu einer Entspannung führen werde, die sich in allen Fragen, daher auch in der Verwaltung der Rheinlande fund tun werde.

Sind diese Ausführungen Sauerweins über die Möglichkeit zukünftiger Erleichterungen des Besatzungsregimes auch ein willkommenes Zeichen für den Geist europäischer Gemeinschaftlichkeit, mit der die Locarno-Konferenz auch auf französischer Seite begann, so ist doch von deutschem Standpunkt die Frage der Garantieverträge und des Besatzungsregimes streng auseinanderzuhalten. Die beiden Fragen haben nichts miteinander zu tun. Deutschland kann keinesfalls eine Erleichterung des deutschen Westens gegen ein Patronat über das ganze Deutschland eintauschen. Das läge am wenigsten im Sinne der Rheinbevölkerung selbst, deren geschichtlicher und sittlicher Anspruch auf Abbau und Wüderung des neuerdings wiederum Poincarésche Methoden anwendenden Besatzungsregimes erst neuerdings auf dem Heidelberger Parteitag ergreifenden Ausdruck fand. Jede Verknüpfung der Rheinbesetzung und der östlichen Schiedsverträge widerspricht auch dem Geist des Versailler Vertrages. Dieser sah die Rheinlandbesetzung einerseits als Sicherung für die Durchführung der Reparation, andererseits für die Sicherung Frankreichs vor. Da durch das Dawes-Abkommen der Grund der Verpfändung des Rheinlandes für die Reparationsleistungen wegfiel, bleibt allein noch die Sicherung Frankreichs zur Begründung der Rheinlandbesetzung übrig. Erhält nun aber Frankreich durch die Zustimmung Deutschlands zu dem geplanten „Nie-wieder-Krieg-Vertrag“ eine weit über die Sicherheit des Versailler Vertrages hinausgehende Sicherheit vor einem deutschen Angriff und sogar die internationale Garantie seines europäischen Besitzstandes, so entfällt jeder Anspruch auf eine Aufrechterhaltung der Besetzung im besetzten Westen. Dabei ist daran zu erinnern, daß sogar der Versailler Friedensvertrag in seinem Artikel 431 ausdrücklich bestimmt:

„Reißt Deutschland vor Ablauf der 15 Jahre allen aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.“

Die deutsche Delegation in Locarno hat, falls sie von der deutschen nationalen Stappolitik nicht mehr behindert wird, also sogar die formale Berechtigung, auf eine Wüderung nicht nur, sondern auf eine Abkürzung der Besatzungsfristen hinzuwirken, und dabei innerhalb des Versailler Vertrages zu bleiben. Daß dieser bedeutsame Artikel über die Verkürzung der Besatzungsfristen etwa deshalb keine Anwendung finden dürfe, weil Deutschland die

Auslieferung des gegenwärtigen Reichspräsidenten als eines Kriegsübeltäters oder die des bekannten Sultanschähdas nicht ausgeführt habe, wäre ein juristisch unzulänglicher Einwand; die Vertragspartner haben ja auf ihre Durchführung verzichtet. Und etwa anzunehmen, daß dieser Artikel deshalb nicht angeführt werden könne, weil Deutschland gegenwärtig (innerhalb von 15 Jahren) seine Reparationsverpflichtungen nicht völlig bezahlt habe, das hieße zuzugeben, daß die Verfertiger des Vertrages vorausgesetzt hätten, Deutschland werde innerhalb dieser Frist dazu imstande sein: eine Idiotie, die einer verständigen Vertragsauslegung unmöglich zu Grunde gelegt werden kann. So bleibt die beachtenswerte rechtliche Tatsache bestehen, daß Deutschland jederzeit in der Lage ist, sich auf diesen Artikel zu berufen. Ob es das tut, ist allein eine Frage politischer Zweckmäßigkeit.

Mussolini will mit dabei sein.

Paris, 6. Oktober. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des „Welt Journal“ in Locarno erklärt, daß Mussolini in vier oder fünf Tagen nach Locarno kommen werde, um dort einen 24stündigen Aufenthalt zu nehmen.

Westarp nicht in Locarno.

Das Pariser „Journal“ hatte aus Locarno gemeldet, daß der deutschnationale Reichstagsabg. Graf Westarp gestern in Locarno angekommen sei und mit Außenminister Stresemann verhandelt habe. Amtlich wird dazu festgestellt, daß Graf Westarp in Berlin ist.

Der erste Konferenztag im englischen Licht.

London, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) „Guter Start.“ Diese von dem „Times“ gewählte Überschrift gibt den Ton wieder, auf den die gesamte englische Berichterstattung über den ersten Tag der Konferenz von Locarno gestimmt ist. Die Blätter vom „Daily Mail“ bis zum „Daily Herald“ stellen übereinstimmend die außerordentlich gute Atmosphäre des Eröffnungstages fest. Jedoch wird vor Unterschätzung der Schwierigkeiten gewarnt. So weisen die „Times“ insbesondere darauf hin, daß auf deutscher Seite unverkennbar das Bestreben besteht, die Diskussion über alle Offizien bis nach der Einigung über den Westpakt zurückzustellen, während Frankreich in diesem Punkt genau den entgegengesetzten Standpunkt vertritt. Die Aufrollung des Kölner Problems durch die deutsche Delegation sei wohl unvermeidlich. Die Frage müsse jedoch nicht unbedingt zu ernststen Schwierigkeiten führen. Man werde sich vielleicht darauf einigen, daß der Fall nicht vor der Räumung Kölns unterzeichnet zu werden braucht und daß Deutschland in der Zwischenzeit seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllen wird.

Die einzige Pressmeldung aus Locarno, die sensationellen Charakter beanspruchen darf, ist die Feststellung des Sonderkorrespondenten der „Morning Post“, daß Briand bereit sei, Deutschland weitreichende Konzessionen hinsichtlich der Rheinbesetzung, der Herabsetzung der Rheinlandpölsel und der Veränderung des Saargebietes zu machen, ja eventuell sogar einer früheren Volksabstimmung im Saargebiet zustimmen würde, falls Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsgerichtsverträge abschließt, den Danziger Korridor garantiert, sich verpflichtet, die Ostgrenzen nicht auf dem Wege der Gewalt zu ändern und Frankreich das Recht zum Abschluß eines Sicherheitspaktes mit den Oststaaten zuerkenne.

Das Ziel — der Weg.

Auftakt in Locarno.

Locarno, 6. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Alle über Artikel 16 strittigen Fragen — mit Ausnahme einer Garantie der Ostgrenzen — sollen offiziell auf der Konferenz nicht behandelt werden. Damit ist aber noch nichts gesagt. Auch auf der Londoner Konferenz hieß es ähnlich. Auch hier sollte die Ausräumung nicht einmahl gestreift werden und doch lehrte Marx mit der bestimmten schriftlichen Versicherung zurück, daß die Ruhr, wie es inzwischen auch geschehen ist, von den fremden Truppen entleert werden sollte. Das Londoner Beispiel dürfte auch auf Locarno anwendbar sein und es kann deshalb jeder strittige Punkt zwischen Deutschland und den Alliierten hier, wenn auch außerhalb des Rahmens der offiziellen Erörterungen, besprochen werden. Wir denken da vor allem an die Räumung Kölns und die Entwaffnungsfrage. Die Lösung beider Fragen ist infolge der Haltung der Alliierten untrennbar miteinander verbunden. Grundföhllich — und das wird auch hier wieder bekräftigt — ist die Räumung der Kölner Zone im Raumbereich beschlossene Sache. Ihr endgültiger Termin hängt von der Erledigung der Entwaffnungsfrage ab, die im großen und ganzen vereinigt scheint und bei der man sich in Locarno nur noch über einzelne — immerhin aber kritische — Streitpunkte zu befassen braucht. Da wir glauben sogar annehmen zu sollen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gleichbedeutend ist mit der Räumung Kölns. Im übrigen aber sei jetzt schon darauf verwiesen, daß eine vertragliche Festlegung des Räumungstermins in Locarno überhaupt nicht möglich ist, weil es sich hier formell um eine Angelegenheit der Völkervereinbarung handelt.

Wirtschaftsdemokratie.

Wo bleibt die Ausführung des Art. 165 der Verfassung?

Aus dem Bureau des ADGB. wird uns geschrieben: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ So lautet der Programmatz im Artikel 165 der deutschen Reichsverfassung. Die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung ist aber nach wie vor heftig umstritten. Die Regierung stützt sich auf die Macht der Kapitalbesitzer und bemüht sich, ihren Schülern das „autonome“ Recht zur Führung der Wirtschaft zu erhalten. Der in Vorbereitung befindliche Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums über die Gestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsrats trägt diesem Bestreben besonders Rechnung. Die Regierung will — nach Geist und Inhalt dieses Entwurfs zu urteilen —, daß über Richtung und Tempo der Produktivität der Wirtschaft allein die privaten Profitinteressen einer verhältnismäßig kleinen, aber sehr straff organisierten Schicht der Kapitalbesitzer entscheiden sollen und nicht das Allgemeininteresse.

In einer Regierungskundgebung des Reichsministers Dr. David vom 5. März 1919 wurde das Versprechen gegeben, daß die Wirtschaftsräte in der Verfassung verankert würden. Im Artikel 165 der deutschen Reichsverfassung ist die Bildung von Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeitererrat vorgesehen; sie sollen mit den Vertretern der Unternehmer und sonst beteiligten Volksteilen zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen treten, zu dem ausgesprochenen Zweck, um an den gesamten wirtschaftlichen Aufgaben mitzuwirken. Außer der Schaffung der Betriebsräte und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist bisher von den Regierungen nicht der Versuch gemacht worden, dies Programm zu verwirklichen. Die Bezirkswirtschaftsräte werden in dem Referentenentwurf nicht einmal erwähnt, und da der Reichsarbeitererrat als Bestandteil des Reichswirtschaftsrates nach dem vorliegenden Entwurf unberücksichtigt bleiben soll, so fehlt die Durchführung der Regierungsvorlage ein verfassungsänderndes Gesetz voraus. Mit der beabsichtigten Verfassungsänderung wird aber auch zugleich das Recht der Mitwirkung der Arbeitnehmer an den gesamten Aufgaben der Wirtschaft auf lange Zeit begraben. Dagegen müssen sich die Arbeitnehmer und ihre Organisationen mit aller Kraft wehren.

Weiter wird die Forderung des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates nach paritätischer Besetzung der vorhandenen amtlichen Wirtschaftskammern, die noch immer als reine Unternehmerorganisationen in den Handels- und Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern als öffentlich-rechtliche Organisationen vom Staate gefördert werden, völlig ignoriert, trotzdem diese Vorschläge dem Reichswirtschaftsministerium bereits seit Januar 1923 bekannt sind. In diesen Kammern werden alle Fragen der Wirtschaft entscheidend beeinflusst, sie werden von allen Regierungsstellen als die allein sachlich und fachlich maßgebenden Zentralstellen der Wirtschaft angesehen und ihr Urteil wird entsprechend bewertet. Den Millionen Arbeitern und Angestellten in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft wird der Zutritt zu diesen amtlichen Wirtschaftskammern nicht nur von den Unternehmern, sondern jetzt auch von der Reichsregierung verwehrt. Der Staat lügt aber andererseits durch die Befehgebung dafür, daß die Unternehmer in diesen Organisationen zwangsweise zusammengeschlossen werden.

Es ist gelinde gesagt, eine grobe Mißachtung der deutschen Arbeitnehmer, wenn die Staatsorgane sie trotz des Votums des Reichswirtschaftsrats aus den amtlichen Wirtschaftskammern für alle künftige Zeit fernhalten wollen.

Die Regierung verfolgt aber besondere Absichten mit ihrer Vorlage. Sie will den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu einem wirtschaftlichen Beirat der Regierung degradieren. Seine Tätigkeit soll keine selbständige, sondern eine von der Regierung mehr oder weniger angeordnete sein. Die Regierung versucht damit nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob der Staat tatsächlich über den großen kapitalistischen Mächtegruppen der Wirtschaft stünde. Dabei ist jedermann Zeuge dafür, welchen geradezu verheerenden Einfluß die sogenannten „Kreise der Wirtschaft“ durch ihre verschiedenen Organisationen in Industrie, Handel, Landwirtschaft und Banken auf die Gesamtwirtschaft und die gesamte Wirtschaftspolitik ausüben konnten und besonders auf eine Rechtsregierung ausüben. Gegen eine derartige Vornachstellung der sogenannten Wirtschaftskreise wendet sich die Regierung nicht, wohl aber dagegen, daß die Arbeiter und Angestellten, die wertvollsten Wirtschaftsglieder, auf Grund ihrer praktischen Tätigkeit und Erfahrung als Subjekte der Wirtschaft betrachtet sein wollen und Einfluß auf die Wirtschaftsorganisation verlangen. Regierung wie Wirtschaftsführer betrachten die Arbeitenden als Fremdkörper, denen man schließlich die politische Gleichberechtigung nicht mehr verlagern kann, die aber in der Wirtschaft nur als notwendige Ausbeutungssubjekte ihre Pflicht zu erfüllen haben.

So stehen denn dem Aufstieg der Arbeiterklasse zum gleichberechtigten Mitwirkenden in der Produktion unendliche Schwierigkeiten entgegen, die aber

überwunden werden müssen, wenn die schaffende Menschheit aus einem Objekt zum Subjekt allen Schaffens werden soll. Die Durchführung des Referentenentwurfs bedeutet die Vereingung der hemmungslosen Profitwirtschaft. Schleunige Errichtung paritätisch von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftsanstalten für Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft und Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu einem wirklich organisch aufgebauten Wirtschaftsparlament nach dem Vorbild des Artikels 165 der Reichsverfassung bedeutet aber den Beginn einer Wirtschaftsordnung, den ersten Auftakt zur wirklichen Wirtschaftsdemokratie. Für dieses nächstliegende Ziel werden Arbeiter und Angestellte den Kampf in den kommenden Wochen mit aller Entschiedenheit führen.

Sinowjews schwierige Faust.

Wie das unverschämte und freche intellektuelle Bonzenatum geschlachtet wird.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale — das EKKI, wie es die Moskauer ohne Gefühl für die deutsche Sprache nennen — appelliert gegenüber der bisherigen linken Führung der deutschen kommunistischen Partei an die schwierige Faust. Es hat plötzlich entdeckt, daß es die einfachen Arbeiter gegen eine Clique von „frechen und anmaßenden intellektuellen Bonzen“ zu vertreten hat. Es hofft, daß die „einfachen, naiven Arbeiter“, wie es bei Sinowjew heißt, sich den Moskauer Befehlen ohne zu mühen fügen werden. Aus diesem Grunde wird der einfache Arbeiter I. H. A. M. A. N. N. als Sprech- und Schreibautomat in das Bordertreffen des Kampfes gegen die Ruth-Fischer-Maslow-Beute geschoben, und Sinowjew streckt ihnen zwar nicht die eigene, aber die schwierige Faust I. H. A. M. A. N. N. entgegen. Mit dem kann er alles machen.

Die Tonart des Kampfes der feindlichen Brüder in der KPD ist entsprechend brüderlich. Die linke Opposition, die beschimpften und abgefärgten Führer, bemühen das von Maslow geschaffene Organ der Berliner Funktionäre „Der Funke“, um gegen die Exekutive zu polemisieren. Dieser Versuch, wider den Moskauer Stachel zu lösen, wird von der „Rote Fahne“ mit der großzügigsten Antwort bedacht. Sie polemisiert im besonderen gegen den verantwortlichen kommunistischen Parteileiter in Groß-Berlin. Er muß sich sagen lassen, er treibe mit „bewußten Entstellungen und Verdrehungen Pogrombege gegen Sinowjew“ — armer, bedrohter Sinowjew! — er sei „unehrlich, demagogisch“, er „lüge, fälsche, entstelle mit List und Schlaubeit“, und schließlich wird ihm der folgende massive Satz von Sinowjew an den Kopf geworfen:

„Ich kenne die Psychologie von vielen Arbeitern: Da, wie kann ich, ein naiver Arbeiter, die Partei führen, und solche ehrliche proletarische Bescheidenheit hindert ihn, diese historische Mission zu übernehmen. Das ist ein sehr schönes Gefühl, das man verstehen und schätzen muß, aber in der jetzigen Lage ist es nicht am Platz. Bei den intellektuellen haben Sie eine andere Psychologie. Dort haben Sie diese Zweifel nicht. Sogar wird sagen: Es wundern mich nur, warum man mich nicht schon vor zwei Jahren vorgeschlagen hat. Ich kann das gut machen. Dieses unverschämte und freche intellektuelle Bonzenatum — man hat drei Broschüren gelesen und nicht verstanden — und darum kann man alles. Wenn Sie in ein anderes System verfallen, so werden Sie dieser Freiheit helfen. Einer allein kann es nicht, aber wir werden unsere Kräfte verbinden, wir werden das zusammen machen.“

Sinowjew wird sich also mit der schwierigen Faust I. H. A. M. A. N. N. verbunden, um den unverschämten und frechen intellektuellen Bonzen Köpfer zu zerhacken. Einstweilen wird dem bescheinigt, daß er ein Trottel sei:

„Der Genosse Köpfer ist der Leiter der Berliner Organisation, der größten Parteioffensive in Deutschland und dieser Genosse Köpfer kennt noch nicht einmal das ABC der kommunistischen Organisationsform.“

Aber das Verbrechen des „Funken“ ist auch zu arg. Er hat es gewagt, sieben „antisinowjewistische Artikel“ — bitte nicht mit der Zunge zu stolpern — zu veröffentlichen, und sich ein Mißli zu verschaffen, indem er einen älteren Artikel von Sinowjew voranstellte. Darüber tobt die „Rote Fahne“ in moralischer Entrüstung:

„Aber gerade dieses Mißli ist die freche Verhöhnung der Exekutive und des Genossen Sinowjew, den man über ein ganz anderes Problem zu Worte kommen läßt, als zu dem strittigen, über das man beabsichtigt, selbst zu sprechen. Das ist ein Vorgehen, das bisher in der Partei ohne Beispiel dasteht.“

Die Nr. 17/18 des „Funken“ wurde herausgegeben zu dem Zweck, zu den im EKKI-Brief aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Vierzehn Seiten dieser Nummer sind dieser Aufgabe gewidmet, zwei Seiten sind Sinowjew eingeräumt, um damit zu dokumentieren, daß man auch „die andere Seite“ zu Worte kommen läßt. Aber wie wir oben schon festgestellt haben, wird das Wort nicht in der Streitfrage, um die es geht, erteilt, sondern in ganz anderen, diese Streitfrage nicht berührenden Problemen. Das ist das freivolteste Spiel, das wir je erlebt haben. Warum hat die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg gegenüber ihren Funktionären und den Lesern des „Funken“ nicht auch Sinowjew über die deutsche Streitfrage sprechen lassen? Wegen doch gerade von Sinowjew hierüber genügend Dokumente und Auslassungen vor. Also ein Mangel an Material, Sinowjew zur deutschen Frage reden zu lassen, besteht absolut nicht. Die Absicht, die mit der Methode der Bezirksleitung verfolgt wird, ist doch gar zu offensichtlich. Wenn das die Methoden der Diskussion in Berlin werden sollen, dann hört jede sachliche Diskussion auf. Wir sind überzeugt, daß auch die Funktionäre und die Mitglieder in Berlin es entschieden ablehnen werden, solche Diskussionsmethoden als Grundlag der Parteidiskussion in Berlin gelten zu lassen.“

Diese Diskussionsmethoden, die hier so entrüstet gebrandmarkt werden, sind nämlich der Exekutive vorbehalten. Sie hat unter dem Titel „Der neue Kurs“ eine Anklageschrift mit Reden von Bucharin und Sinowjew, mit Resolutionen und Erklärungen gegen die bisherige linke Führung veröffentlicht. Von der abgefärgten Führung, speziell von Ruth Fischer, liegen genügend Dokumente und Auslassungen vor, ein Mangel an Material, sie zur deutschen Frage reden zu lassen, besteht absolut nicht. Aber in der 87 Seiten langen Broschüre kommt sie nicht mit einem Wort und einer Zeile zu Worte. Der Leser fragt sich immer wieder: was haben die so grausam Geschächelten geantwortet? Haben sie nur weinend und reuig ihr Haupt verhüllt, als man ihnen nicht nur Unterwerfung, sondern auch ausdrücklichen Widerruf und Vergewaltigung des eigenen Intellektes und der eigenen Würde zumutete? Man sieht aus Sinowjews und Bucharins Reden, daß Ruth Fischer geantwortet hat. Warum dürfen die deutschen kommunistischen Arbeiter nicht erfahren, was sie sagte?

Es ist sicher eine freche, unverschämte intellektuelle Bonzenanmaßung, daß die von Sinowjew als schlichte angesehenen linken Kommunisten im „Funken“ gewagt haben, diese Diskussionsmethode von Sinowjew nachzuahmen. Da hört freilich jede sachliche Diskussion auf, wenn neben Sinowjew auch noch ein anderer sich untersteht, zu reden!

Die kommunistischen Führer, die so grausam von Sinowjew geschlachtet werden, tun uns nicht leid. Sie haben es selbst genau so getrieben. Aber die kommunistischen Arbeiter tun uns leid. Sie werden von den Sinowjew und Konforten in Moskau samt und sonders für Idioten gehalten, mit denen man alles anfangen kann, wenn man nur etwas der schwierigen Faust schmeichelt und gegen das freche intellektuelle Bonzenatum donnert.

Fortschritt. Wie Habas aus Tes berichtet wird, sind bei den letzten Kämpfen in Marokko neue, fast geräuschlose Tanks verwendet worden; sie haben einen Aktionsradius von 60 km und eine Schnelligkeit von 12 km.

Stahlhelmpolizei.

Halle, 5. Oktober (Eigener Drahtbericht). Seit Monaten hatte die „nationale“ Presse Mitteldeutschlands auf den Stahlhelmpolizei aufmerklos gemacht, der am Sonntag stattgefunden und angeblich eine Wiederholung des Ludendorff-Tages sein sollte. Flugzeuge und Automobile sollten in ungehörter Schönheit durch ihre Darbietungen Publikum und Fremde herbeiziehen. Wer jedoch am Sonntag die historische Rennbahn sehen konnte und dort statt der verprochenen nationalen Frontkämpfer die arbeitslose Gesellschaft betrachten durfte, die sich zum Teil in blauer Friedensuniform mit den ungeheuren Ordensschnallen, einem Gemisch von unerdienten Kriegs- und sicher hoch verdienten Phantasiestücken der „Baterländischen Verbände“ dort bewegte, den packte tatsächlich Mitleid. Auch die Herbeiziehung des alten Herrn Mackensen und seine Beförderung zum Ehrenmitglied des Bundes der Frontsoldaten hat den Tag nicht verschönern können. Offensichtlich ist Mackensen, der zwar „sichtlich“ erheitert über den ganzen Verlauf des Festes war, von der Ehrung alles andere, als begeistert gewesen; denn der mangelnde Flaggenschmuck, die Gleichgültigkeit des Publikums mußten ihm sagen, daß es vorbei ist mit der erstrebten Herrschaft der Stahlhelmpolizei. Der Regierungspräsident von Merseburg hatte für diesen Tag das Tragen von Stöcken verboten. Es war daher ein erfreulicher Anblick, die Herrlein, die sonst mit Knüttelstücken durch die Straßen gingen, diesmal ihre Hände in der Hofensacke verborgen zu sehen. Während des Tages kam es daher nicht zu Zusammenstößen und Unruhen irgendwelcher Art. Erst als die „nationalen“ Herrlein in der Nacht wieder im Besitz ihrer Knüttel waren, kam es in einer Anzahl von Stadtteilen zu Schlägereien, aber nicht zwischen Stahlhelmpolizisten und Andersdenkenden, sondern die Stahlhelmpolizisten prügelten sich untereinander, angesehentlich unter dem Einfluß des um 20 Prozent verbilligten Alkohols.

Gegen Schieles Schulgesetz.

Köln, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht). Eine Konferenz der Demokratischen Partei des Wahlkreises Köln-Kölnen beschloß sich mit dem neuen Reichsschulgesetzentwurf und nahm nach gründlicher Aussprache eine Entschließung an, in der der Parteitag mit aller Schärfe protestiert gegen den Reichsschulgesetzentwurf, weil „er die Verfassung verletzt, die Habselrechte des Staates über die Schule aufgibt und Bildung und Erziehung unter den alleinigen Einfluß der Kirche (oder der Weltanschauungsgesellschaften) stellt und weil er die rechtliche Stellung des Lehrers gefährdet. Der Parteitag erwartet von der Parteileitung, daß sie mit aller Energie dahin wirkt, daß dieser Entwurf zurückgezogen und durch ein Reichsschulgesetz ersetzt wird, das der Verfassung entspricht und die Gemeinschaftsschule (Simultanschule) mit Religionsunterricht erstrebt.“

Pariser Zeitungsgründungen.

„La Volonté“ — ein neues Blatt des Kartells.

Paris, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht). Unter dem Namen „La Volonté“ („Der Wille“) wird Ende dieser Woche in Paris ein neues Blatt erscheinen, das sich die Förderung der Kartellpolitik zum Ziele setzt. Der Neugründung soll u. a. auch Herriot nahestehen. Der Anlaß zu dieser Neugründung dürfte die Tatsache sein, daß vor einiger Zeit der Finanzminister Callaux die „Ere Nouvelle“, die bis dahin die Vorkämpferin des Gedankens eines engen Zusammenschlusses der Linksparteien gewesen ist, an sich gebracht und sie in ein ausgeprochen antifaschistisches und demgemäß kartellfeindliches Jahresschriftchen geleitet hat. Die politische Leitung des neuen Blattes wird der bisherige politische Direktor der „Ere Nouvelle“, Dubary, übernehmen, dem ein großer Teil seiner bisherigen Mitarbeiter in die Redaktion der „Volonté“ folgen wird.

Wie wir weiterhin hören, soll auch Tardieu, der ehemalige Mitarbeiter Clemenceaus, die Absicht haben, das von ihm gegründete „Echo National“, das nach der Niederlage des Nationalen Blattes im vergangenen Jahre eingegangen ist, wieder erscheinen zu lassen.

Stilleben in Locarno.

Von Hans Besemann.

Der Fremdenverkehrsverein von Locarno hat es leicht, den Fremden zu imponieren. Der berühmte ewig blaue Himmel, der schimmernde See, romantische Berge, Zypressenhaine — kurz, alles, was zu einer richtiggehenden italienischen Landschaft gehört, ist in reichem Maße vorhanden. Aber man tut noch mehr. Straßen werden aufgerissen und gepflastert, und auf der Piazza Grande fährt ein Sprengwagen herum und verpöndelt die angestammten Röter und Spähen. Die Taxen haben neue Zähler angehängt (der Preis wird je nach der Rationalität des Fahrgastes multipliziert), und jeden Abend deklamieren alle Hausdiener vor dem Bahnhof: „Durch diese hohle Gasse müssen sie kommen!“

Au der Via del Palmo liegt das Gerichtsgebäude. Hier wird die Weltgeschichte gemacht werden. Im großen Saal im ersten Stock steht ein feierlicher grüner Tisch. Da merkt man gleich, was los ist. Unten vor der Tür aber steht ein alter Harpner mit seiner Mignon und singt die ergreifende italienische Canzone: „Ich möchte einmal, ich möchte einmal...“

Wir Journalisten aber lagen im früheren Regierungsgebäude, in einem richtigen Palazzo mit Turm und Zinnen, mit großen Höfen und Sälen, und ein ganz berühmtes Bedengemälde von einem ebenso berühmten Maler zielt unser Arbeitsgemach. Aufschauend von Stimmungsbild und Interview sehe ich eine angenehme runde nackte Göttin in den indigoblauen Himmel steigen. Ringsherum Rosen, musizierende Engel und fröhliche Geisse, die gern mitmachen möchten.

Die Hoteliers sind sympatische Leute, alle loben sie Deutschland und sind von seiner Wiedergeburt aufrichtig überzeugt — besonders wenn man bei ihnen wohnt. „Deutschland kommt wieder hoch — nehmen Sie doch noch etwas Spaghetti...“ jagte der freundliche Wirt gestern Abend zu mir. „Ich danke ihm im Namen meines schwergeprüften Vaterlandes — es geht wirklich wieder vorwärts. Welch eine Wendung durch Stresemanns Flügung! Diese Wiedergeburt kam mal übrigens auch in der Spielhölle wahrnehmen — nebenbei gesagt, eine nette Sache. Ein kleiner Schiller bekommt einen Schubs, und wenn er irgendwo anhalt, dann hat die betreffende Gasse gewonnen. Diese besagten Gassen bedeuten verschiedene Länder: England, Frankreich, Italien, Belgien, die Schweiz — und seit der Konferenz auch Deutschland. Polen und die Tschechoslowakei sind nicht vertreten. (Was wird Herr Beneß dazu sagen!) Deutschland gewann so ziemlich während Frankreich schlechter abschnitt — am besten ging es natürlich England. Der Croupier aber, ein Schweizer, blieb neutral und lästete ein.“

Am späten Nachmittag besuchte ich die Madonna del Sasso. Hoch hinaufgestellt am Bergeshange, von Rosen und Blüten umgeben, steht die schöne, mütterliche Madonna, die Hände segnend über See und Land erhoben. Zu ihren Füßen sah ein eifriger

Journalist und studierte in der „Sera“ die neuesten Depeschen. Dabei drehte er der Madonna ostentativ die Rückseite zu. Sie hat es ihm aber nicht übel genommen, sondern nur kühl gelächelt.

Tragödie der Elternschaft. In Paul Graubys Schauspiel „Nochzeitstage“, das gestern das „Kleine Theater“ zum erstenmal aufführte, kann man keine an Ereignissen reiche Handlung und keine dramatische Juppigung bewundern. Es behandelt auch nicht ein tiefgründiges, weit abliegendes Problem. Was auf der Bühne vorgeht, ist ganz alltäglich. Ein junges Paar heiratet, entscheidet dem sorgenden Elternhaus, ein Jüngling wird zum Mann, hat unglückliche Liebschaften und vertraut sich weder Vater noch Mutter an. Alles dreht sich um die junge Welt, die sieghaft und rücksichtslos sich und ihre Angelegenheiten wichtig nimmt. Niemand denkt in dem hastigen Wirbel, den die Jugend aufrührt, an die Eltern. Sie wollen raten und wollen helfen; aber zur Unfähigkeit verurteilt, stehen sie ohnmächtig in der Ecke. Abgehältert. Sie wagen nicht sich über diese aus Verächterigkeit geborene Herzlosigkeit zu beklagen, weil sie fürchten, das Verhältnis von Kindesliebe auch noch zu verlieren. Was das Stück über die dramatische Serienproduktion hinaushebt, ist der tändelnde und selbstverständliche Ton, in dem das schwermütige Lied ertönt.

Der Regisseur Erich Pabst hatte es an sich nicht schwer, uns einen genutzreichen Abend zu spenden. Eine Reihe erlesener Darsteller stand ihm zu Gebote. Auf seine Gutsseite kommt das Geschick, die Klippe der Rührseligkeit zu umschiffen und ein harmonisches Zusammenspiel zu schaffen. Das Elternpaar spielen Lucie Hößlich und Eugen Burg. Eugen Burg vornehm mit verhaltenem Temperament, das Muster eines fürsorglichen Vaters. Alles verstehen heißt alles verzeihen, wollte jede seiner Szenen sagen. Lucie Hößlich steht nicht von der Bühne ins Parkett herab. Wer dachte gestern nicht an die Tragödie der eigenen Mutter, wenn diese Künstlerin ganz Innerlichkeit, ganz Enslungensbereitschaft sich an das letzte Quentchen Liebe ihrer Kinder klammert. Woll Kersten, Otto Schmöle, Dagny Serwaes fügten sich gut in den Rahmen. Nur Grete Jacobsen lieh es an Natürlichkeit mangeln. Es schien alles gewollt, nicht aus dem eigenen Herzen strömend und auch nicht durchdacht. Ihre Verächterigkeit grenzte an herzlose Grausamkeit, was sicherlich nicht dem Willen des Autors entspricht. Dgr.

Ruhe ist die erste Gesundheitspflicht. Der Sport ist heute die Parole des Tages, und derjenige, der sich gegen den Ruhen der körperlichen Übungen wenden wollte, dürfte lauten Ohren predigen. Aber wie jede Liebertreibung bringt auch das allzu eifrige Training gar manche Gesundheitschädigung mit sich. In unserem hastigen Lebensstempo verlieren wir das geruhame Bedagen immer mehr, und der nervösen Anspannung aller Kräfte entspricht auch die so leidenschaftlich betriebene Steigerung der körperlichen Leistung. Da darf denn wohl auch ein Vortrainer der Ruhe einmal gehört werden, und es ist bezeichnend, daß es eine englische Stimme ist, die sich gegen den „Trainingwahn“ wendet. Reil Bell schreibt in einem Londoner Blatt: „Der Anblick von Sportleuten, die sich trainieren, ist ein trauriges Schauspiel. Kein Sklave auf den Galeeren hat jemals härter gearbeitet als diese Leute. Und doch überanstrengen sie damit nur ihre Herzen und verzürzen ihr Leben. Die Selb-

schaft für Körperübungen ist der letzte Bahnstadium der Menschheit. Man vergißt darüber, daß die Ruhe die Mutter aller großen Entschlüsse und aller genialen Taten ist, daß im Stillen das Ewige reißt. Es gibt zu denken, daß man großen Männern immer wieder Trägheit nachgesagt hat. Diogenes in seiner Tonne, Sokrates auf seinem Lager, Napoleon in seinem Wagen begünstigt sich mit dem Mindestmaß körperlicher Bewegung, um ihre geistige Arbeit nicht zu beeinträchtigen. Man betrachte die Tiere. Das Pferd rennt wie wahnsinnig, wenn es angestachelt wird, und es stirbt mit 30 Jahren; der Hund ist sein ganzes Leben in ewiger Bewegung und bringt es mit Ruhe auf ein Dutzend Jahre; die beweglichen Katzen, die Nacht für Nacht durch die Gärten und über die Dächer turnen, werden nicht älter als 15 Jahre. Kein Tier, dem das Bedürfnis nach schneller Bewegung angeboren ist, bringt es zu einem hohen Alter. Auf der anderen Seite aber wird der schwerfällige, sich mühsam bewegende Elefant 100 Jahre; der Papagei, der seine Stange nicht verläßt, bringt es sogar bis auf zwei Jahrhunderte, und die Riesenschildkröte, die sich kaum bewegt, überdauert zehn Generationen der Menschen. Der Mensch scheint mir von Natur nicht zu den „beweglichen Tieren“ zu gehören. Auch er bedarf der Ruhe, und je weniger er sie sich gönnt, desto stärker geht er an seinem Lebensmark.“

Shaw ohne Striche. Shaw hat jetzt bereits in England die klassische Geltung erreicht, daß man seine Werke ohne Striche spielt. Nun sind manche von ihnen so lang, daß ihre worigere Wiederbege auf der Bühne starke Ansprüche an die Aufmerksamkeit der Zuschauer stellt. Sein umfangreichstes Drama ist „Jurist zu Methusalem“, und dieses Werk wurde am Londoner Court-Theater 5 Abende hintereinander gespielt, so daß die Aufführung des ganzen Stückes 22 Stunden dauerte. Bei der Verteilung auf 6 Aufführungen ließ sich das immerhin noch aushalten. Jetzt aber wird im Regent-Theater „Mensch und Hebermensch“ gegeben und zwar mit dem 3. Akt „Don Juan in der Hölle“, der sonst gewöhnlich fortbleibt. Die Aufführung dauert länger als 6 Stunden und wird daher schon um 5 beginnen.

Die Siegfried-Aufführung in der „Städtischen Oper“ beginnt heute um 6 Uhr.

Ueber Jugendbewegung und Volkshochschule spricht Dr. Walter Engelhardt am Donnerstag, 8. Okt., in der Gemeindeschule Teuplow, Wülfenbruchstr. 53. Eintritt unentgeltlich.

Für die Freiheit der Kunst, der unter Vorantritt der Bühnengenossenchaft zahlreiche Verbände und Persönlichkeiten in der vorigen Woche einen Aufruf unterschrieben, findet am Sonntag, dem 11. Okt., eine öffentliche Protestversammlung im Theater am Kolonnenplatz statt. Es werden Reden: Staatsminister a. D. Wolfgang Heinze, Senatspräsident Freymuth und Dr. Ludwig Fulda. Eintritt frei.

Eine neue Zeitschrift. Am 3. Oktober beginnt im Carl-Roswobl-Verlag, Berlin W 25, unter der Schirfsleitung von Wliff Haas eine neue illustrierte literarische Wochenzeitung, die „Literarische Welt“ zu erscheinen. Sie den Versuch machen will, im Rahmen des Zeitungsformats ein breites Publikum für die wichtigsten Probleme der deutschen und ausländischen neueren Literatur zu gewinnen. Preis der Nummer: 20 Pf.

Der „Maler der Verlage“ gestorben. Der „Maler der Verlage“, Charles Cottet, ist dieser Tage im Alter von 62 Jahren nach einem langen Leben gestorben. Seine letzten Arbeiten liegen schon verschiedener Jahre zurück.

Der Staatsanwalt von Grevesmühlen.

Zuchthausantrag gegen die Ueberfallenen.

Der Landfriedensbruchprozess gegen die Reichsbannerleute in Grevesmühlen ist so weit gediehen, daß am Mittwoch wahrscheinlich das Urteil gesprochen werden wird. Am Montag hielt der Staatsanwalt seine Anklagerede. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme sind für ihn einfach nicht vorhanden. Die Tatsache, daß die völkischen Landwehrtrojanen mit Dolchen und Schießfeilen die Reichsbannerleute überfallen haben, daß sie sogar die einjährigehringenden Polizeibeamten schwer mißhandelten, spielt für diesen mediävallischen Staatsanwalt keine Rolle. Er hält die Reichsbannerleute, die sich in der Rotwehr befanden und bestenfalls die Rotwehr überschritten haben, für Landfriedensbrecher und die Korbhach-Beute für Ehrenmänner, die am Zeugnis erscheinen dürfen.

Aus diesem Gedankenkreis heraus beantragte er gegen den Arbeiter Kühn, den er als „Nabelstücker“ beim Landfriedensbruch ansieht, einundneunzig Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust (!), gegen die Arbeiterfrau Schmiedemann ein Jahr Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten ebenfalls Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu einem Jahr!

Mit Recht protestierte der Verteidiger Dr. Braun gegen diese einseitige Prozedur. Er wies darauf hin, daß, wenn überhaupt ein Landfriedensbruch in Frage käme, ihn nach der Beweisaufnahme die Völkischen begangen hätten. Es gehe nicht an, wie es der Staatsanwalt getan habe, den Korbhachern allein Temperament und Ehrgefühl zuzuerkennen. Das Gebäude der Anklagen sei doch unter den Zeugnisaussagen völlig zusammengebrochen. Aus diesem Grunde beantragte der Verteidiger die Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Es ist möglich, daß noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten wird, da die Verteidigung neues Material erhalten hat, wonach in der einem Korbhacher abgenommenen Pistole die Hülsen einer abgeschossenen Patrone gefunden worden ist.

Frauentagung in Weimar.

Nationalsozialistische Sprengungsversuche.

Weimar, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die siebente Tagung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wurde am Montag abend durch eine öffentliche Versammlung im Weimarer Stadthaus eingeleitet. Als die Versammlung ihren Anfang nehmen sollte, unternahm der Schriftleiter eines hiesigen nationalsozialistischen Wochenblattes einen Störungsversuch, der durch seine im Saal geschickt verteilten Anhänger in jeder Hinsicht unterstügt wurde. Das von den Nationalsozialisten verlangte Wort zur Geschäftsordnung war das Signal zu einem großen Lärm, der injiziert wurde, um die Versammlung unendlich zu machen. Als es der Vorsitzenden der Frauenliga, Frau Hegmann, nicht gelang, Ruhe zu schaffen, schloß sie die Versammlung und ließ durch die inzwischen verführte Polizei den Saal räumen. Die Räumung des Saales nahm infolge des renitenten Betragens der Nationalsozialisten eine geraume Zeit in Anspruch. Der Besonnenheit des anderen Teiles der Besucher der Versammlung ist es zu danken, daß es nicht zu den beabsichtigten Zusammenstößen gekommen ist. Die auf eine Stunde später anberaumte Versammlung konnte die Vorträge von Auguste Kirchoff-Bremen und Milena Slowá über die Arbeit und das Ziel der Frauenliga entgegennehmen. An der Versammlung nahm auch Marguerit Sobat-Genf teil.

Es geht los!

Es geht los. Die nationalsozialistischen Parteitreisenden packen ihre Musterkoffer mit den Wahlschwundelofferten. Sie haben allerdings diesmal einen recht schweren Stand, die jungen Leute der schwarzweißen Parteien. Auch die Hoffnung auf die Dummheit darf nicht ins Grenzenlose gehen. Luthers Hungeroffensive, die Raubzüge der Agrar- und Schwerindustrie, der grenzenlose Betrug an den gläubigen Kentnern, die Margarine, die heute mehr kostet als gestern, das alles sind zu harte Nackenschläge für die Winderdemittelsten, das alles berührt die Lebensinteressen des kleinen Mannes zu unmittelbar und einschneidend. Allzu lange hat man dem Volke vorgegaukelt, daß Revolution und Republik Ursache allen Elends seien. Allzu lange hat man mit den Methoden der Mistgabel und der persönlichen Verunglimpfung die Vertreter des Volkes unschädlich zu machen versucht. Sie gehen wohl noch wie früher, aber es fehlt der alte Glanz. Was ihnen an Mut mangelt, werden die Gegner der Republik durch verstärkte Offensiven der Gemeinheit auszugleichen suchen. Die Richtlinien der deutschnationalen Parteileitung, die für die bevorstehenden Wahlen ausgegeben sind, eröffnen in dieser Beziehung eine ungewöhnliche Fernsicht. An den breiten Massen des Volkes liegt es, mit der politischen Hochstapelei gründlichst aufzuräumen. Der Wahlkampf beginnt! An unseren Parteigenossen ist es, Romm für Romm auf dem Posten zu sein. Der Wahltag vom 25. Oktober muß ein Tag der Abrechnung mit allen Gegnern des Volkstaates werden, mögen sie stehen, wo sie wollen. Dem Bloß der Volkseinde wird die Arbeiterschaft den Bloß der kämpfenden Volkstreue entgegenstellen.

Die heutigen Massenversammlungen der Sozialdemokratie in allen Städtteilen Berlins müßen ein impotenter Aktakt der einseitigen Wahlhacht sein. Anfang gut, alles gut, lautet ein alter Spruch. Sorgen wir dafür, daß der Anfang gut und das Endergebnis vortrefflich ist.

Brandstiftung eines Nerventrunkten.

Eine vorläufige Brandlegung eigener Art rief heute früh die Feuerwehr und die Brandkommission nach dem Grundstück Dahlmer Str. 73 in Groß-Lichterfelde. Hier steht in einem Garten eine kleine Villa, die von dem Erbauer, dem 69 Jahre alten aus Wien gebürtigen Schriftsteller Emil Peschka und seiner Frau bewohnt wird. Früher wohnten auch die sieben Kinder des Ehepaars bei den Eltern. Seit einem Jahr hat das Ehepaar zwei Räume im Erdgeschloß an den Schriftsteller Fiedler und dessen Frau vermietet. Peschka ist nervenkrank und gilt allgemein als ein Sonderling. Seit Jahren schon ist er mit seiner Familie zerfallen. Nach neuen Streitigkeiten, die sich gestern abspielten, machte sich ein Brandgeruch im Hause bemerkbar. Die Brandkommission der Kriminalpolizei wurde alarmiert und die Beamten stellten die Brandherde fest, die mit großer Sorgfalt angelegt waren. Peschka hatte zunächst auf dem Boden unter Benutzung von Wolle, Sackstoffen, Papier und Reisig einen mit Petroleum begossenen Schrank und Stuhl angezündet. In seinem Wohnzimmer hatte er ein mit Papier umwickeltes und mit Petroleum begossenes Sofa unter einem Umble angezündet, ebenso ähnliche Socken in seinem Arbeitszimmer. Im Keller hatte er Kleingefäßene Kistenbedel und Gerümel in der Nähe eines Kohlenstapels in Brand gesetzt. Um der Feuerwehr den Zugang zum Keller zu versperren, hatte er die Treppe mit Petroleum begossen. Dieses anzuzünden hatte er jedoch beim Weggang vergessen. Im Keller hatte er den Hauptabzug der Gasseitung und oben alle Gashähne geöffnet. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr wurden

jedoch alle Versuche, die ganze Villa in Mitleid zu legen, vereitelt. Peschka erklärte, als Fiedler ihn einholte und anhielt, daß er auf dem Wege zum Toilettenbecken gewesen sei, um seine Brandlegung selbst anzuzünden. Er habe die Absicht gehabt, die ganze „Mörderhöhle“ niederzubrennen. Der alte Mann wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Dann werden sich aber wohl zunächst die Psychiater mit ihm zu beschäftigen haben.

Mehr Rücksicht auf Kriegsbeschädigte!

Es gibt immer noch Leute, die nicht zu wissen scheinen, daß wir einen mörderischen Krieg durchgemacht haben, der uns ein Millionenheer von Kriegsbeschädigten hinterlassen hat. In den meisten öffentlichen Gebäuden sucht man vergeblich nach Einrichtungen, die es Schwerkriegsbeschädigten und übrigen auch anderen Gebrechlichen, Schwächlichen und Kränklichen erleichtern könnten, die in den oberen Stockwerken untergebrachten Bureaus aufzusuchen.

Aus den Kreisen der Schwerkriegsbeschädigten geht uns die Frage zu, daß beim Amtsgericht in der Neuen Friedrichstraße, wo das Bureau zur Abgabe der Kirchenaustrittserklärungen sich nicht zu ebener Erde befindet, anscheinend kein Fahrstuhl vorhanden ist, den ein Gebrechlicher benutzen

Wähler-Kundgebungen

heute, Dienstag, den 6. Oktober, 7 1/2 Uhr abends

Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Tiergarten: Arminiushallen, Bremer Straße 71.
Nationalhof Bülowstraße 37.
Wedding: Pharusäle, Müllerstraße 142.
Prenzlauer Berg: Oberrealschule, Posteurstraße 44.
Friedrichshain: Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21.
Kreuzberg: Rabe, Fichtestraße 29.
Charlottenburg: Leibniz-Oberrealschule, Schillerstraße 126.
Wilmersdorf: Spichernsäle, Spichernstraße 3.
Schöneberg: Uhlandschule, Kolonnenstraße 24.
Steglitz: Oberrealschule, Eisenstraße.
Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserstraße.
Neukölln: Wintergarten (Schultheiß), Hofenheide 22.
Treptow-Baumschulenweg: Nische, Am Treptower Park 26.
Köpenick: Stadttheater, Friedrichstraße 6.
Bohnsdorf: Lokal Schulz, am Dorfplatz.
Lichtenberg: Cecilia-Theater, Kaihausstraße 8.
Weißensee: Borussia-Brauerei, Berliner Allee 202.
Pankow: Linder, Breite Straße 32.
Reinickendorf: Ramlow, Kastanienwäldchen, Schönholz 14.
Redner: Anshäner, Clara Bohm-Schuch, Brodat, Crispian, Czerninski, Ehardt, Jatan, Dr. Käthe Frankenthal, Gutschmidt, Haf, Ad. Hoffmann, Hörning, Horlich, Heilmann, Kuttner, Künstler, Dr. Lohmann, Lüdemann, Dr. Levi, Lisse, Leib, Otto Meier, Mielich, Dr. Moses, Rohde, Reuter, Liesbeth Riedger, Reimann, Scheidemann, Mathilde Wurm, Stelling, Uwe Schreiber-Krieger, Rob. Schmidt, Ulrich, Dr. Wehl, Dr. Weinberg, Wendi, Wermuth, Dr. Witte.

Mittwoch, den 7. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

Prenzlauer Berg (31. Abt.): Schulaula Schönfließer Str. 7.
Schöneberg: Siedlung Lindenhof im Bedingheim.
Johannisthal: Boiha (Parkrestaurant), Stubenrauchstraße.
Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137.
Niederschönhausen: Sanssouci, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Redner: Claus, Gebauer, Heilmann, Hiege, Kasper, Dr. Lohmann, Cempert, Rohde, Reimann.

Tagesordnung in allen Kundgebungen:

„Der Rechtskurs in Deutschland und die Parteien!
Warum muß Berlin am 25. Oktober
sozialdemokratisch wählen?“

Frauen-Kundgebung

heute, Dienstag, den 6. Oktober, 7 1/2 Uhr abends

Rosenthal: Lokal Roessler, am Bahnhof.

Rednerin: Erna Krefke.

könnte. Soll vielleicht diesen Bedauernswerten überhaupt die Möglichkeit entzogen werden, ihren Kirchenaustritt zu protokollieren zu geben? Bestenfalls erlebte es ein Kriegsbeschädigter, daß ein Beamter, den er für einige in Rollstühlen herangekehrte Schwerkriegsbeschädigte um Rücksicht bat, ihm kurz antwortete, so etwas könne er nicht machen. Gewiß, ein solcher Fall mag in seinen Dienstvorschriften nicht vorgesehen sein, und vielleicht hätte er sich auch einen Anknäuzer geholt, wenn er durch die den Schwerkriegsbeschädigten gewährte Rücksichtnahme die Erfüllung der anderen ihm auferlegten Pflichten verläumt oder verzögert hätte. Aber wenn das zutrifft, dann wird dadurch doch nicht die berechnete Forderung entkräftet, daß in solchen Gebäuden überhaupt mehr Rücksicht auf Schwerkriegsbeschädigte genommen und zu diesem Zweck eine genügende Zahl von Fahrstühlen eingebaut wird. Die Kriegsbeschädigten können doch wahrhaftig nichts dafür, daß sie das Opfer eines Krieges geworden sind, den die ruchlose Hege nationalsozialistischer Kreise mitverschuldet hat.

Man könnte auch erwägen, ob nicht Bureaus, in denen ein Massenandrang, wie bei den Kirchenaustrittserklärungen, zu bewältigen ist, an leichter erreichbaren Stellen untergebracht werden könnten. Bei Bureaus, die im Laufe eines Vormittags vielleicht nur ein halbes Duzend Besucher zu verzeichnen haben, ist es eher zu ertragen, daß man ihnen Räume in einem entfernter liegenden Winkel oder in einem oberen Stockwerk des Gebäudes anweist.

Nachmal: Der gefürchtete „Reichsbannerwimpel“.

Vor etwa drei Wochen brachten wir die Mitteilung, daß der Renu-Club Treptow ein Mitglied deshalb aus dem Verein ausgeschlossen hatte, weil der republikanisch gesinnte Wassersportler sich erdreistet hatte, anlässlich der Verfassungskonferenz des Reichsbanners die schwarzrotgoldene Reichsfahne an seinem Boot zu hissen. Erst jetzt fällt es dem Klub ein, uns eine Berichtigung zu schicken, wobei er sich, noch dazu unbedeutenderweise, auf das Pressegesetz beruft. Gleichwohl stehen wir nicht an, diese Berichtigung unseren Lesern mitzuteilen, weil sie ein bezeichnendes Licht auf die politischen Gedankengänge dieses bürgerlichen Sportsklubs wirft.

Die Gründe, die zum Ausschluß der betreffenden Mitglieder geführt haben, sind durchaus irreführend wiedergegeben. Es ist unklar, daß unser Klub übliche antirepublikanische Minicardarbeit betreibt und daß unseren Mitgliedern das Führen der Farben der Republik verboten ist. Wir verbieten unseren Mitgliedern gemäß eines in einer außerordentlichen Hauptversammlung gefassten Beschlusses das Führen unferer Klubwimpel in Verbindung mit Abzeichen politischer Art, ganz gleich welcher Richtung. Unser Klub setzt sich aus Mitgliedern aller Berufs-

ständen zusammen, die natürlich auch verschiedener politischer Einstellung sind. Wir betreiben lediglich Wassersport und sind mit den zahlreich in unserem Klub vertretenen Kameraden gleicher Parteigefinnung der Ausgestaltung einer Anstalt, jedwede politische Tendenz, ob Reichsbanner, Sowjetstern oder Hakenkreuz, dem Sport unter allen Umständen fernzuhalten. Anwürfe wie „feudaler Monarchistenklub“, „Flaggenstürmer“, „monarchistische Gerilde“ usw. weisen wir als unwahr energisch zurück. Unsere Räume sind geöffnet für jeden Sportler zur Gesunderhaltung und Erhaltung seines Körpers, verschlossen aber für alle die durch politische Agitation den Frieden und die Ordnung bei uns zu stören gedenken.“

Interessant an dieser Berichtigung ist, daß der Renu-Club Treptow nicht unterscheiden kann zwischen den verfassungsmäßigen Farben der Republik und den Parteiflaggen, wie sie etwa ein Sowjetstern oder ein Hakenkreuz darstellen. Die Ausrede von dem „nicht Politik treiben“ ist zu abgedroschen, als daß sie auf wirkliche Politiker noch einen Eindruck machen könnte. In diesem Falle bedeutet die Abstinenz den Reichsfarben gegenüber eine Stellungnahme gegen die Republik. Das wollten wir in unserer eingangs erwähnten Mitteilung auch nur geheielt haben!

Die unauffindbare Berta.

12 Jahre Zuchthaus für einen Eindrehler.

Eine große Schar junger Verkäuferinnen aus dem Zwischengeschäft einer Buttergroßfirma mußte vor dem Schwurgericht III in einer Schloßstraße als Zeugen auftreten. Zur Verhandlung stand eine Anklage gegen den mehrfach vorbestraften Händler Max Stein, aus Rinst gebürtig, wegen versuchten Totschlags in drei Fällen, mit dem erschwerenden Moment, sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen.

Anfang März d. J. beobachtete ein in einem Hause in der Schönhauser Allee wohnender Hausdiener, daß in den Abendstunden ein unbekannter Mann auf seinen Sohlen die Treppen heraufgeschlichen kam und sich mit einem Schlüssel an der Wohnungstür, die zu den Schlafräumen der Buttermanns führte, zu schaffen machte. Auf seinen Anruf: „Was machen Sie dort?“ ging der Unbekannte mit vorgehaltenem Revolver auf den jungen Mann zu. Der Hausdiener umklammerte den Angreifer und rief um Hilfe. Darauf kamen auch die Eltern des jungen Mannes aus der Wohnung zu Hilfe. Dem Angreifer war es aber gelungen, sich freizumachen, und er feuerte nun blindlings Schüsse ab. Der alte Vater erhielt zwei Kugeln in die Beckengegend, und nur einem glücklichen Zufall war es zu verdanken, daß er mit dem Leben davonkam. Auch der junge Mann wurde durch einen Schenkelstich zu Boden gestreckt. Inzwischen waren andere Hausbewohner herbeigeeilt, denen es gelang, den Revolverhelden festzunehmen und ihn, nachdem man ihm eine tüchtige Tracht Prügel verabreicht hatte, der Polizei zu übergeben, die ihn als einen schon mit Zuchthaus wegen Einbruchsdiebstahls verurteilten Max Stein feststellte. Man fand bei ihm außer den Nachschlüssel zu den Schlafräumen der Verkäuferinnen auch einen Nachschlüssel zu dem in diesen Räumen befindlichen Tresor für die Tageskasse des Buttergeschäftes sowie einen Dietrich. Stein behauptete, daß er ein Liebesverhältnis mit „Berta“, einer der Verkäuferinnen, gehabt habe und von dieser den Schlüssel erhalten hätte, damit er sie zu jeder Zeit besuchen könnte. Für den Besitz des Tresorschlüssels gab er die Erklärung, daß „Berta“ ihn habe anstellen wollen, die Geschäftskasse auszuleeren. Aus diesem Grunde waren auch die sämtlichen Verkäuferinnen der zahlreichen Filialen geladen worden. Es befand sich aber unter ihnen keine Berta. Der Angeklagte konnte auch keine der jungen Damen als seine Geliebte erkennen. Das Gericht kam daher zu der Ueberzeugung, daß Stein einen Einbruch versucht habe, und glaubte, den gemeingefährlichen Verbrecher auf lange Zeit unschädlich machen zu müssen; er erhielt 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust subditig.

An der Quelle der Brauer.

In den geräumigen Ausstellungshallen des Instituts für das Gärungsgewerbe in der Seestraße wurde am Montag vormittag um 10 Uhr die 20. Brauerei- und Kellereimaschinen-Ausstellung, die mit der 22. Deutschen Gersten- und Hopfenausstellung verbunden ist, eröffnet. Im Anschluß an die formelle Eröffnung der Ausstellung fand ein Rundgang durch die Ausstellungshallen statt, die ein plastisches Bild vom Werden dieses Spezialzweiges der deutschen Industrie bot. Die unendliche Fülle der ausgestellten Waren verbietet es, auf Einzelheiten einzugehen. Neben Kellereimaschinen wie Pumpen, Flaschenreinigungs- und Abfüllanlagen, Fohlerabfüllrichtungen, Verschluß- sowie Etikettiermaschinen, Tanks und Bottichen, sind Transportfässer in Metall und Holz, Modelle von Mälzereien und Brauereieinrichtungen sowie Apparate zur Erzeugung tolenfäurehaltiger Getränke in mannigfacher Anordnung ausgestellt. Es ist eine Neuverteilung der Weltrennens, wie sie umfangreicher wohl kaum gedacht werden kann. Die Galerie der großen Halle ist für die Gersten-, Brauereigen- und Hopfenmuster der diesjährigen Ernte reserviert. Einzelne Zahlen geben ein Bild, in welchem Maße sich die Züchter dem Heroordringen neuer Arten widmen. So sind u. a. 286 Sommer- und 17 Wintergersten sowie 136 Hopfen ausgestellt. Für die Ausstellung sind mehrere Tage vorgesehen. Im übrigen eine Frage: Warum sieht man unter solchen Fahnen der Verlegenheit nicht eine Fahne des Deutschen Reiches?

Segelflug als Jugendsport.

Die Berliner Arbeitsgemeinschaft für motorlosen Flug veranstaltete Vorkühungen ihrer Apparate in Koblenz. Vor allem handelte es sich darum, den Segelflug als geeigneten Sport für die Jugend hinstellen. Die staatliche Hauptstelle für naturwissenschaftlichen Unterricht hatte einen Lehrstuhl für Studienräte eingerichtet, der sie mit den Vorkühungen des Segelflugs vertraut machen sollte. Die Vorkühungen, denen Vertreter der Regierung und des Magistrats beiwohnten, zeigten vor allem, daß der Segelflug sportlich ungelährlich ist. Trotz des böigen Wetters gelangen die Vorkühungen ausgezeichnet, ohne jede Störung. Vorträge erläuterten die Technik und die Prinzipien des Segelflugsbaues. An den Vorkühungen beteiligten sich Schüler des Herder-Gymnasiums und Mitglieder des Berliner und Brandenburgischen Segelflugvereins.

Freispruch im Bettauer-Prozeß.

Der Mörder in einer Irrenanstalt untergebracht.

Wien, 6. Oktober. Im Prozeß gegen Otto Rothstock, der des Schriftstellers Hugo Bettauer geidtet hatte, wurde am späten Abend das Urteil verkündet. Die Geschworenen hatten die erste Hauptfrage auf Tötungsabsicht mit zwölf Stimmen bejaht, dagegen die Zusatzfrage, ob der Angeklagte des Gebrauches der Benuzt ganz beraubt war, mit sechs Stimmen bejaht und sechs Stimmen verneint. Der Vorsitzende verkündete hierauf den Freispruch des Angeklagten. Auf Antrag des Staatsanwalts beschloß das Gericht, daß der Freigesprochene in einer Irrenanstalt untergebracht werden soll.

Gesellenprüfungen im Metallgewerbe. Die Gesellenprüfungen für Mechaniker, Maschinenbauer, Werkzeugmacher, Schlosser und Formoren finden von jetzt ab vierteljährlich statt. Die Anmeldungen zu diesen Prüfungen haben spätestens 3 Monate vor Beendigung der Lehrzeit bei der Geschäftsstelle der Kommission für das Prüfungswesen, Berlin SW. 61, Teltower Str. 1-4, zu erfolgen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Bremen, Am Mittwoch, den 7. Oktober 1925, abends 7 1/2 Uhr, Frauenabend bei Weiblich, Kaiserstr. 78. Tagesordnung: „Das Verbotswesen“. Referent: Hermann Johann-Berlin.

